

# Voller, Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ  
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Erscheint alle acht Tage  
Abonnements bei allen Postämtern.  
Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>III</sup>  
Zersprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, Wallstraße 6.  
Postkassennr. der Bank: Berlin 3397.

## Agrarzölle und Industrie.

In den Verhandlungen, die der Zolltarifausschuss des Reichswirtschaftsrates unter Hinzuziehung von landwirtschaftlichen Sachverständigen über die Nahrungsmittelzölle führte, spielte die Frage der „Preisschere“ eine wichtige Rolle. Während von agrarischer Seite behauptet wurde, daß die Schere noch auseinanderklaffe, daß also die Preise der von der Industrie gelieferten landwirtschaftlichen Produktionsmittel (Kunstdünger, Geräte usw.) viel höher über den Vorkriegspreisen ständen, als die vom Landwirt erzeugten Produkte (Getreide, Kartoffeln usw.), wurde von seiten unbefangener Sachverständiger behauptet, daß diese Preisschere sich bereits geschlossen habe. Man konnte sogar zeigen, daß z. B. ein 50pferdiger Stoc-Motorsflug, in Roggen gerechnet, vor dem Kriege rund 2000 Zentner kostete, jetzt dagegen nur 1100. Nunmehr ist es einem der damals vernommenen Sachverständigen, Dr. Baade, gelungen, nicht nur an einzelnen Beispielen, sondern allgemeingültig nachzuweisen, daß die Schere sich nicht nur geschlossen hat, sondern bereits nach der anderen Seite, zugunsten der Landwirtschaft, geöffnet ist.

In Nr. 15 der Landwundzeitung der Provinz Sachsen hatte Freiherr von Lünig eine Zusammenstellung von Buchführungsergebnissen veröffentlicht, aus der die Aufwendungen der Landwirte für industrielle Produktionsmittel je Hektar hervorgehen sollten. In die Zusammenstellung waren Betriebsflächen von 23 bis 3000 Hektar einbezogen, also alle Großbetriebe mit Ausnahme der Klein- und Zwergbetriebe und alle Bodenqualitäten von der Börde bis zum Eichsfeld und den armen Sandböden östlich der Elbe. Diese Aufstellung, die also von Landwundseite stammt und deshalb von ihr auch anerkannt werden muß, bildet die Grundlage für den von Dr. Baade berechneten gewogenen Index. Für die Preisentwicklung der einzelnen Produktionsmittel, die er zu seiner Berechnung benötigte, nahm Dr. Baade die Indexzahlen, die ihm das Statistische Reichsamt überließ, und stellte mit Hilfe dieses Zahlenmaterials nunmehr fest, daß der Durchschnittspreis der vom Landwirt benötigten Produktionsmittel sich um nur 12 Proz. gegenüber dem Vorkriegsstand gehoben hat.

Ausgaben pro ha Jahr 1924 nach v. Lünig	Index	Anteil an der Gesamtausgabe umgerechnet auf 1913	Index
Gegenstand	Mk.	v. B.	Mai 1925
Düngemittel	57,91	50,24	92,9
Pharmazeutische Präparate	2,72	1,67	183,1
Inländische Kraftfuttermittel (außer pflanzlichen)	1,21	0,88	124,3
Brenn- und Leuchtstoffe	18,59	8,85	122,9
Kraft- und Leichtstoffe	13,92	9,86	115,8
Reparatur-Material	88,68	20,16	142,4
Maschinen- u. Geräteeinsatz	13,74	8,80	131,8
	136,17	100,—	111,73

Demgegenüber haben sich nach einer vom Statistischen Reichsamt berechneten Indexzahl die Agrarerzeugnisse im Mai 1925 um 30 Proz. (nach dem Index vom 10. Juni 1925 gar um 34 Proz.) gehoben, so daß die Schere jetzt mit 16 Proz. zugunsten der Erzeugnisse des Landwirts geöffnet ist. Dies überraschende Ergebnis erklärt sich leicht daraus, daß die bisherigen Abschätzungen den großen Anteil der Kunstdüngermittel an den Ausgaben der Landwirtschaft (über 50 Proz.) nicht genügend in Rechnung gestellt hatten.

An dieses Zahlenmaterial knüpft Dr. Baade höchst bemerkenswerte Schlussfolgerungen. Da die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland rund 30 Millionen Hektar beträgt und nach den v. Lünigschen Angaben der Stielstoffverbrauch pro Hektar sich auf etwa 40 Kilogramm Stielstoffverbrauch würde, so würde der deutsche Stielstoffverbrauch etwa 1,2 Millionen Tonnen ergeben, also das

Bierfache des bisher höchsten Gesamtverbrauchs (1923: 300 000 Tonnen). Nimmt man an, daß die von Lünig zugrunde gelegten Betriebe auch bei den übrigen Produktionsmitteln den Reichsdurchschnitt um das Bierfache übertreffen, so würde der Durchschnittsverbrauch von Produktionsmitteln je Hektar nicht 136,17 Mk., sondern nur rund 34 Mk. ergeben, der gesamte jährliche Verbrauch der deutschen Landwirtschaft (bei 30 Millionen Hektar) also einen Wert von rund 1 Milliarde Mark betragen.

Dieser Summe stehen die Mehreinnahmen gegenüber, die der Landwirtschaft aus den Zollerhöhungen für Nahrungsmittel zufließen werden. Da es nach den Angaben des Statistischen Reichsamts in Deutschland etwa 10 Millionen Haushaltungen gibt, die nicht Selbstversorger sind, da ferner nach der Berechnung der „Gewerkschafts-Zeitung“ (Nr. 27, S. 373), die Dr. Baade zugrunde legt, schon der minderbemittelte Familienvater jährlich eine Mehrbelastung von mindestens 150 Mk. für die Lebensmittelzölle zu tragen hat, ergibt sich eine Gesamtbelastung der Konsumenten von 1 1/2 Milliarden Mark. Nach Brentanos Berechnung (die ebenfalls in der „Gewerkschafts-Zeitung“ erwähnt ist), flossen von den Getreidezöllen 1907 nur 12 Proz. der Reichskasse zu, 88 Proz. gingen in die Taschen Privater. Nimmt man selbst an, daß jetzt 20 Proz. in die Reichskasse wandern werden, so bleiben von den 1 1/2 Milliarden immer noch, vorsichtig gerechnet, 1,2 Milliarden, die der Landwirtschaft zufließen.

Die Summe also, die der Landwirtschaft an künstlicher Kaufkraftsteigerung durch die Zölle auf Kosten der Konsumenten zugewandt werden soll, ist demnach größer als die bisherige Gesamtausgabe der Landwirtschaft für industrielle Produktionsmittel; sie übertrifft diese Summe um ein volles Fünftel.

Hätte sich bisher die Industrie stark für Agrarzölle eingesetzt, weil sie von der Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft einen entsprechenden Ersatz für den verlorengegangenen Auslandsmarkt erhoffte, so werden ihr die von Dr. Baade errechneten Zahlen recht deutlich vor Augen führen, daß eine „Stärkung des inneren Marktes“ auf diesem Wege nicht zu erreichen ist. Ganz abgesehen davon, daß die Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft ja auf Kosten einer Kaufkraftminderung der Lohn- und Gehaltsempfänger geschieht, also nur eine Kaufkraftverschiebung darstellt, ist es gänzlich ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft, die bislang nach Dr. Baades Berechnung jährlich für eine Milliarde industriell erzeugte Produktionsmittel verbrauchte, nunmehr für 1,2 Milliarden mehr verbrauchten, ihren Verbrauch an dazugehörigen Produkten also unvermittelt um mehr als das Doppelte steigern könnte. Mit der Befürwortung von Agrarzöllen setzt somit die Industrie ihre Bemühungen um die Befundung des inneren Marktes an einem falschen Punkt an.

Wohl aber kann die Industrie, wie Dr. Baade weiter ausgeführt, auf anderem Wege an einer Ertragssteigerung der Landwirtschaft teilnehmen. Hatte der Anteil der Provinz Sachsen den durchschnittlichen Reinfließstoffverbrauch in Deutschland (und daher wohl auch die Gesamtaufwendungen an industriellen Produktionsmitteln) um das Bierfache übertroffen, so würde eine Intensitätssteigerung der gesamten Landwirtschaft um denjenigen Betrag, um den die Provinz Sachsen bislang voraus ist, der Industrie nicht mehr jährlich eine Milliarde als Gegenwert für ihre Erzeugnisse zuführen, sondern rund vier Milliarden. Wie kann die Industrie diese im Ackerboden verborgene Mehrkraft von 3 Milliarden heben? Oder: warum bleibt der tatsächliche Verbrauch der Landwirtschaft an Industrieerzeugnissen hinter dem möglichen zurück?

Man könnte theoretisch an die Möglichkeit denken, daß der hohe Intensitätsgrad der führenden landwirtschaftlichen Betriebe angesichts der augenblicklichen Preisverhältnisse eigentlich gar nicht gerechtfertigt sei, daß diese Betriebe also eine Verlustwirtschaft treiben. Bedenkt man aber, daß unsere Landwirtschaft vor

dem Kriege bei den damaligen Zöllen nach ihren eigenen Angaben in fräftiger Blüte stand, daß jetzt ohne Zölle die Preisschere gar zu ihren Gunsten geöffnet ist, so ist es offensichtlich, daß die augenblicklichen Preisverhältnisse sogar noch zu einer weiteren Intensivierung ermuntern müssen.

Wenn also der Verbrauch der Betriebe im Durchschnitt nur ein Viertel des Verbrauchers der intensiv betriebenen Betriebe beträgt, so schließt Dr. Baade keine Ausführungen, „dann ist der Grund dafür nicht in einer zu hohen Intensität der führenden, sondern in einer zu geringen Intensität der durchschnittlichen Betriebe zu suchen. Die gegenwärtige Preislage bietet sämtliche Voraussetzungen zur allgemeinen Intensitätssteigerung. Was einer solchen Steigerung gegenwärtig im Wege steht, ist lediglich die ungenügende Ausbildung bei der überwiegenden Mehrheit der Landwirte. Nicht die Preise müssen eine künstliche Korrektur durch Zölle erfahren, nicht die Kaufkraft der Landwirtschaft muß auf Kosten der Verbraucher künstlich gesteigert werden, sondern die Landwirte müssen durch einen Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswezens und durch eingehende Betriebsberatung, etwa nach dem Vorbild Dänemarks, dahin gebracht werden, ihren eigenen Vorteil zu erkennen und die Intensität auf dasjenige Maß zu heben, für das der moderne Stand der Technik und die gegenwärtigen Preisverhältnisse alle Voraussetzungen bieten. Hier liegt der entscheidende Punkt, an dem die Industrie ihre Bemühungen einsehen müßte, um eine wirklich organische Belebung des inneren Marktes zu erreichen.“

## Zur Organisationsfrage auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress.

II.

Im ersten Artikel haben wir den Stand der Organisationsfrage in den letzten drei Jahren kurz geschildert, ebenso die Bemühungen des Bundesvorstandes und der eingesetzten Kommission zur Lösung des Problems. Der Bundesvorstand des ADGB hat in seiner letzten Sitzung über die Anträge beraten, die in der Organisationsfrage dem Breslauer Gewerkschaftskongress unterbreitet werden sollen.

In Nr. 26 der „Gewerkschaftszeitung“ wurde bereits über die unfruchtbaren Kommissionsberatungen berichtet, die zu keiner Einigung über die Organisationsfrage geführt hatten. Anschließend wurde eine von Schumann (Werthebrund) eingebrachte Entschließung veröffentlicht, über welche in der Kommission nicht abgestimmt wurde und eine Entschließung Larnow, die mit sechs gegen zwei Stimmen (bei sieben Stimmenthaltungen) angenommen wurde. Die große Zahl der Stimmenthaltungen zeigt schon, wie unsicher die Dinge stehen. Die Entschließung Larnow lautet:

### Entschließung Larnow.

„Die nach dem Leipziger Kongress vorgenommene weitere Untersuchung der Organisationsfrage hat ergeben, daß die industrielle Konzentration sich nicht so einheitlich und schnell vollzieht, wie angenommen wurde. Insbesondere ist festgestellt worden, daß die Zusammenfassungen von Rohstoffbetrieben mit Verarbeitungsbetrieben nicht so bedeutend sind, um damit die Notwendigkeit einer Organisationsumformung der Gewerkschaften begründen zu können.“

Die Verhandlungen mit den Vertretern der einzelnen Verbände haben ferner ergeben, daß ein Umbau der Gewerkschaften auf der Grundlage des Leipziger Beschlusses durch gegenseitige Vereinbarung nicht möglich ist, da von zahlreichen Verbänden sowohl die Notwendigkeit wie die Zweckmäßigkeit einer Umänderung entschieden bestritten wird. Die Kommission hat sich den Gründen, die dafür angeführt wurden, nicht verschließen können und erkennt an, daß es für die Gewerkschaftsbewegung nicht von Nutzen wäre, die bisherige organische Entwicklung der Organisationsform durch gewaltsame Ein-

griffe führen zu wollen. Den Versuch, durch zwingende Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses eine Umformung herbeizuführen zu wollen, würde die Kommission auch dann als untauglich und gefährlich für die Einheit der Gesamtbewegung ablehnen, wenn sie die Zweckmäßigkeit der Forderung als erwiesen ansehe. Nur durch gegenseitige Verständigung unter den beteiligten Gewerkschaften über die zweckmäßige Abgrenzung der Organisationsgebiete oder Zusammenlegung von Organisationen kann eine gesunde Entwicklung gewährleistet und die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gesichert werden. Die Kommission hält deshalb alle Versuche einzelner Verbände, eigenmächtig ihr Agitations- und Organisationsgebiet durch Hinübergreifen auf die Gebiete anderer anerkannter Verbände und gegen deren Willen zu erweitern, für unzulässig."

Dihmann (Metallarbeiter) hatte einen umfangreichen Plan für die Schaffung von Industrieverbänden eingebracht, den die „Gewerkschaftszeitung“ ebenfalls in Nr. 26 gebracht hat. In Nr. 27 der „Gewerkschaftszeitung“ wurden bereits die Anträge des Bundesvorstandes, die Organisationsfrage betreffend, veröffentlicht, die indes noch nicht von der Vorstandskonferenz akzeptiert waren. Die Anträge bezogen die Änderungen der Satzungen des DGB in folgender Weise:

**Anträge des Bundesvorstandes zu den Satzungen, betreffend die Organisationsfrage.**

**§ 4.**

Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu lesen:

Jeder Verband hat die Pflicht, alle in den Berufszweigen seines Organisationsgebietes beschäftigten ungelernten und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen neben den gelernten Facharbeitern als Mitglieder aufzunehmen.

**§ 5.**

Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu lesen:

In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes jeweils ein Industriegebiet. Solche Industriegebiete sind besonders folgende: Baugewerbe, Bekleidungsindustrie, Bergbau, chemische und andere Industrien mit vorwiegend ungelerten Arbeitsträften, graphische Gewerbe einschließlich Papierverarbeitung, Holz- und Schnitzstoffindustrien, keramische Industrie, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau und Gärtnerei, Lebens- und Genussmittelindustrien, Schuh- und Lederindustrie, Metallindustrie einschließlich Hüttenbetriebe, Textilindustrie, Transport-, Verkehrs- und öffentliche Verwaltungen. Da die einzelnen Industriegebiete vielfach ineinander überlappen, mit der fortschreitenden Technik und dem Wechsel der Produktionsarbeiten auch Veränderungen unterworfen sind, können die Organisationsgebiete nicht schematisch abgegrenzt werden. Die Abgrenzung muß deshalb jeweils durch Vereinbarung der in Frage kommenden Zentralverbände erfolgen.

**§ 6.**

Zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräftigung und zur Vereinhaltung der gesamten Organisation ist anzustreben, daß die einzelnen Berufe sich zu Industrieverbänden zusammenschließen. Für die Richtung des Zusammenschlusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen Zweige oder Gruppen der gleichen Industrie maßgebend. Im Zweifelsfalle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen.

Solange in einem Industriegebiet noch mehrere Verbände für die verschiedenen Berufe bestehen, haben sie die Pflicht, gegenseitig durch Kartellverträge ein förderliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu sichern und alles zu vermeiden, was einen späteren Zusammenschluß zum Industrieverband erschweren könnte.

Namens- und Satzungsänderungen einzelner Verbände, die dazu führen könnten, ihr Organisationsgebiet einseitig zu ihren Gunsten zu erweitern, sind ohne Zustimmung des Bundesvorstandes nicht statthaft.

**§ 7.**

Diesen Paragraphen zu streichen und dafür den folgenden § 6 zu lesen.

In der letzten Bundesversammlung haben nun die Vertreter der Verbände zu all diesen Vorschlägen Stellung genommen. Der Vorsitzende des Bundes Leipart erklärte, daß die Anträge des Bundesvorstandes rückhaltlos die Industrieorganisation fördern wollen, jedoch nicht in der Form der Betriebsorganisation. Ein stichhaltiger Grund für eine allgemeine Umformung der Gewerkschaften sei von niemandem angeführt worden. Jedenfalls liege keine Lebensnotwendigkeit dafür vor, durch zwingenden Kongreßbeschuß in die freie Entwicklung einzugreifen. Die Entwicklung der Organisationsformen sei dauernd im Fluß, was die erhebliche Verminderung der Gesamtzahl der Verbände in den letzten Jahren beweise. Es sei also gewiß keine Erklarung

auf diesem Gebiete zu sehen. Immerhin enthalte die jetzige Satzung eine gewisse Hemmung für den Zusammenschluß zu Industrieverbänden, die der Bundesvorstand mit seinen Anträgen gleichfalls beiseite zu lassen wolle."

In der Aussprache ist bemerkenswert, daß Dihmann starr an dem Standpunkt festhielt, die von ihm geforderte Industrieorganisation sei eine Lebensfrage für den Metallarbeiterverband, während Tarnow vom Holzarbeiterverband im Auftrage von 18 Verbandsvertretern erklärte, wenn mit solchen Mitteln weiter gearbeitet werde, müsse das zur Sprengung des Bundes führen. Im Auftrage der 18 Verbände legte Tarnow folgende Erklärung vor:

„Die unterzeichneten Vertreter von Berufs- und Industrieverbänden legen die schärfste Verwahrung gegen den Versuch ein, durch einen etwaigen Mehrheitsbeschluß zahlreiche, dem Bund angeschlossene Verbände gegen ihren Willen zur Preisgabe ihrer Existenz oder zur Zerstückung ihrer Mitgliedschaften zwingen zu wollen. Sie lehnen jede Satzungsänderung ab, die einem solchen Versuch Vorschub leisten könnte, wozu auch die vom Bundesvorstand vorgelegte Vorlage in ihrer gegenwärtigen Form gerechnet werden muß."

Der Zusammenschluß der Verbände im Bund ist freiwillig in der Annahme und unter der Zusage erfolgt, daß jede Organisation den Schutz des Bundes gegen Angriffe anderer Organisationen genießt. Diese selbstverständliche Voraussetzung für

**Lebensmittelzölle bedeuten:**

Verteuerung der Lebensmittel.  
Hunger und Not in den Arbeiterfamilien.  
Unterernährung unserer Kinder.  
Milliardengeschichten an die Junker.  
Herrschaft der Agrarier in Wirtschaft und Staat.  
Nicht Schutz der nationalen Arbeit, sondern Verkümmern der nationalen Arbeitskraft.

**Industriezölle bedeuten:**

Ausbeutung der Verbrauchermassen.  
Vernichtung des inneren Marktes.  
Schwächung unserer Industrie auf dem Weltmarkt.  
Nicht höhere Löhne, aber Monopolgewinne der Industrielassen.

Nicht Hebung der Lebenslage, sondern Verteuerung aller Kulturbedürfnisse des arbeitenden Volkes.

**Wahrt euch gegen die Wucherzölle!**

Das Zusammenleben im Bund kann nicht willkürlich, auch nicht durch Mehrheitsbeschluß, aufgehoben werden, ohne den Bund zu zerlegen. Wenn eine Minderheit von Verbänden, auch wenn sie eine Mehrheit der Mitglieder umfaßt, sich zu dem Beschlusse vereinigen wollte, die anderen Verbände zu beseitigen und deren Gebiete unter sich aufzuteilen, so wäre das ein ungeheurerlicher Bruch von Treu und Glauben und ein unerhörter Mißbrauch der Majorität. Sollte trotzdem der Gewerkschaftskongreß mit Mehrheit einen Beschluß fassen, der das Selbstbestimmungsrecht der Minderheitsverbände in der wichtigsten Lebensfrage aufhebt, so erklären die Unterzeichneten, daß sie ihren Verbandinstanzen die Frage vorlegen müssen, ob die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zum Bund noch weiterhin als gegeben angesehen werden können."

Diese Erklärung der Vertreter der 18 Verbände führte zu einer Gegenerklärung Dihmanns und seiner Freunde. Darin wird gesagt, daß sie ihre Bemühungen zur einheitslichen Schaffung von Industrieverbänden ebenso sachlich wie bisher fortsetzen würden, darin würden sie sich auch durch die Erklärung Tarnows nicht beirren lassen.

Der Vertreter der Maschinenisten und Heizer, Klebe, wandte sich ebenfalls gegen den Dihmann'schen Organisationsplan, der sich nicht mit dem Kongreßbeschlusse von Leipzig deckt, sondern ihm direkt widerspricht. Der Leipziger Beschluß könne nur einen Zusammenschluß von Verbänden, während Dihmann die Zerstückung und Aufteilung von Organisationen verlangt. Im gleichen Sinne sprachen noch andere Vertreter, selbst Schumann, vom Lehrersbund, erklärte, die Dihmann'schen Pläne wären undurchführbar, man könne alten Organisationen nicht ganze Berufsgruppen absperrn.

Am nächsten Sitzungstage erklärte die Gruppe Dismann, daß sie bereit sei, in ihren Anträgen die Selbstbestimmung fallen zu lassen, ebenso die Worte „mit allen Mitteln“ sei die Industrieorganisation zu fördern. Auch erklärten sie sich bereit, allen Verbänden den Bundesbeschluß angebehalten zu lassen. Das bedeutet in der Praxis, daß ohne Zu-

stimmung des Bundesvorstandes ein Anschluß eines Verbandes an einen Industrieverband nicht erzwungen werden darf.

Tarnow konnte darin kein Entgegenkommen erblicken, das sei nur ein Festhalten am alten Standpunkt Dihmann. Auch Leipart war durch diese Erklärungen unbefriedigt und bejürchtete, daß auf dem Kongreß in Breslau sich diese Auseinandersetzungen wiederholen. Darauf erklärte Dihmann, er und seine Freunde würden bestrebt sein, die Aussprache sachlich zu führen und häßliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Sie würden aber trotzdem auf dem Kongreß für ihre Anträge eintreten, auch wenn sie jetzt in der Minderheit blieben. Das war denn auch der Fall; denn die Kongreß der Bundesvorstände lehnte alle Anträge von Dihmann und seiner Freunde mit 25 gegen 17 Stimmen ab. Hinter Dihmann stehen 14 Verbände mit 2.888 05 Mitgliedern, die Richtung Tarnow unterstützen 22 Verbände mit 1.864.885 Mitgliedern. Nicht vertreten waren 4 Verbände mit 107.551 Mitgliedern. Selbst wenn man die letzteren Mitglieder restlos den 22 Verbänden zurechnet, bleiben diese gegenüber den 14 Verbänden noch mit 615.649 Mitgliedern im Minus.

Man wird zugeben, daß dieser Stand der Organisationsfrage nicht befriedigen kann. Der Gewerkschaftskongreß in Breslau steht der Frage nach ebenso ungelöst gegenüber wie bisher. Die Dihmann, die Tarnow, so kann man den Stand der Dinge bezeichnen. Die 14 Verbände haben wohl gegenüber den 26 Verbänden die größere Zahl von Mitgliedern, doch ist es auf dieser Basis verständlich zwingende Beschlüsse zu fassen?

Dihmann hat zwar erklärt, er und seine Freunde würden bestrebt sein, die Aussprache in Breslau streng sachlich zu führen, werden sich aber alle fürwörter des Zwangssystems sachlich verhalten. Das ist denn doch sehr fraglich. Hossentlich bleiben die Redner kühl und sachlich, denn Leidenschaft kann in dieser Sache nicht förderlich sein.

Wenn man freilich bedenkt, daß der Metallarbeiterverband bereits am 30. Juni und 1. Juli auf einer Tagung des erweiterten Verbandsrats (also vor der letzten Vorstandskonferenz) Stellung zu der Schaffung von Industrieverbänden im Sinne Dihmann genommen und sich festgelegt hatte, dann ist die Aussicht auf sachliche Verhandlungen über diese wichtige Frage sehr trübe. Immer wieder wird behauptet, die Berufsorganisationen wären es, die den Metallarbeiterverband hinderten, seine Aufgaben zu erfüllen, wie es die Arbeiterinteressen erforderten.

In der Metallindustrie liegen die Verhältnisse sehr schwierig, das ist nicht zu bestreiten. Trotzdem ist es eine rechte Doktorfrage, ob diese Zustände mittels der durch die Metallarbeiter angeführten Betriebsorganisation, denn um eine solche handelt es sich, gemindert werden können. Wir müssen das nach Lage der Dinge stark bezweifeln, die wahren Ursachen der Klagen liegen wohl mehr in den zerstückelten organisatorischen Zuständen in dieser Industrie. Die Betriebsorganisation würde diese Schwierigkeit aus der Welt schaffen können, weil nach wie vor die mangelhafte Organisation in der Metallindustrie und das Nebeneinander der verschiedenen Konkurrenzorganisationen, Kirch-Dunker, christliche, sozialistische, unionistische, gelbe usw. eine einheitliche Aktion erschweren.

Alles in allem müssen wir schon sagen: die Zerstückern einer Anzahl sehr lebensfähiger, kampferprobter Verbände in Atome bedeutet nur ein Sprung ins Ungewisse, Dunkle. Wir müssen jeden Druck und Zwang ablehnen und uns auf den Boden organischer Weiterentwicklung stellen. Die kapitalistische Wirtschaft selbst ist es, welche uns die Wege weist hierzu. Dihmann und seine Freunde berufen sich zwar gerade auf diese Entwicklung und behaupten, diese mache den Metallarbeiterverband in der jetzigen Organisationsform unfähig, seine Aufgaben zu erfüllen und erwarten alles Heil von der Betriebsorganisation. Wir sind indes der Ansicht, daß ganz andere Ursachen vorliegen, die durch agilitätstaktische Mittel behoben werden müssen. Die sonstigen Aufgaben des Gewerkschaftskongresses werden wir in weiteren Artikeln besprechen.

**Der Verband des Skandinavischen Sattler- und Tapezierer-Verbandes**

fand am 28. Juni bis 3. Juli in Kopenhagen statt. Der Verband umfaßt die drei skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen. In Norwegen fehlte vor zwei Jahren die Bewegung für Industrieverbände ein und da entstand für Norwegen der Leder- und Holzarbeiter-Industrieverband. Diesen schlossen sich die Verwaltungstellen in Norwegen an, bis auf die Verwaltungsstelle Stavanger, welche im Skandinavischen Sattler- und Tapeziererverband verblieb. Der Verbandstag beschloß, daß die Verwaltungsstelle Stavanger auszuscheiden hat.

um sich dem norwegischen Verband anzuschließen. Nach dem Ausscheiden von Norwegen beträgt die Mitgliederzahl für Dänemark 1705 und für Schweden 1260. Die Berufsangehörigen sind zu 90 Proz. organisiert bis in die kleinsten Städte. Dieses gute Organisationsverhältnis ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß in Dänemark und Schweden die Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System geregelt ist. Unsere Kollegen zahlen innerhalb des Gesamtbeitrags nach deutschem Geld 75 Pf. für die Arbeitslosenkasse. Diese Gelder werden in eine allgemeine Kasse abgeliefert und der Staat zahlt den gleichen Betrag dazu. Zurzeit erhalten unsere Kollegen aus dieser Kasse bei Arbeitslosigkeit bis zu 26 Wochen pro Woche 24 Mk. Dauert die Arbeitslosigkeit über 26 Wochen hinaus, so erhalten sie vom Wohlfahrtsamt nochmals 26 Wochen pro Woche 12 Mk. Unterstützung. Jedenfalls ist diese Arbeitslosenversorgung viel besser als wie in Deutschland. Außer diesen 75 Pf. Arbeitslosenbeitrag betrug der Verbandsbeitrag bis jetzt 60 Pf. Dieser muß aber voll an die Hauptkasse abgeliefert werden. Für die Lokalausgaben müssen Lokalbeiträge erhoben werden, die sich nach den örtlichen Bedürfnissen richten. Den höchsten Lokalbeitrag hatte Kopenhagen mit 50 Pf., so daß also der Gesamtbeitrag in Kopenhagen 1,85 Mk. pro Woche betrug. Aus der Hauptkasse werden an die Mitglieder nur Streit-, Maßregelungs- und Reiseunterstützung gezahlt. Krankenunterstützung zahlt der Verband nicht, da die Krankentafeln ziemlich hohe Beiträge leisten.

Der Verbandstag beschloß eine Erhöhung der Streitunterstützung, und da sich demzufolge eine Erhöhung der Beiträge für die Hauptkasse ergab, so wurde nach zweistündiger Diskussion über diese Erhöhung die Festlegung dem Vorstand übertragen.

Betreffs der Beitragsleistung, wie dieselbe in den skandinavischen Ländern gehandhabt wird, können sich die deutschen Kollegen überhaupt ein Beispiel nehmen.

Als im Mai und Juni in Dänemark bei der großen Aussperrung 900 von den dänischen Kollegen sieben Wochen lang ausgesperrt waren, ordnete der Vorstand für jedes in Arbeit befindliche Mitglied Extrabeiträge von 8 Kronen pro Woche = 6,50 Mk. an. Dieser Extrabeitrag ist nach dem dortigen Beitragssystem auch pünktlich von jedem einzelnen Mitglied bezahlt worden. Außerdem haben die Kopenhagener Kollegen noch einen Extralokalbeitrag beschlossen, der von einem Verdienst bis 50 Kronen 2 Kronen und darüber hinaus 10 Proz. betrug. Da im Durchschnitt in Kopenhagen pro Woche 80 Mk. verdient wurden, so macht dieses noch einen Extralokalzuschlag von pro Woche 6 Mk. aus. Dieses Geld wurde dazu verwendet, für die Aussperrten die Miete zu bezahlen. Daß diese hohen Extrabeiträge auch tatsächlich von jedem Mitglied bezahlt werden, ist durch die Art der Beitragshebung bedingt, weil jede Wochenmarke, die ausgegeben wird, sofort den Gesamtpreis einschließlich der Extrabeiträge, der für die bestimmte Woche fällig ist, enthält. Dazu kommt noch die Eigentümlichkeit, daß die Verwaltungsstellen die Marken erst von der Hauptkasse erhalten nach vorheriger Einlieferung des Betrages.

Die Löhne unserer skandinavischen Kollegen stehen mit an erster Stelle. Ein Beweis, daß die Mitglieder sowohl wie auch die Leitung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. In den Hauptstädten wird pro Woche 80 bis 100 Mk., in den kleineren Städten 60 bis 80 Mk. verdient. Von diesem Verdienst wird knapp die Hälfte für den Haushalt einschließlich Wohnungsmiete benötigt, so daß die reichliche Hälfte für andere Zwecke Verwendung finden kann. Dabei ist die Lebenshaltung der dortigen Kollegen eine bedeutend höhere als wie in Deutschland. Dänemark ist Agrarland und erzeugt mehr als wie verbraucht wird, so daß noch ein großer Teil exportiert wird. Die Lebensmittel sind billiger als in Deutschland. Dagegen sind Kleidung und andere Bedarfsartikel teurer, so daß der dänische Arbeiter bei seinem verhältnismäßig hohen Verdienst eine weit bessere Ernährungsweise sich leisten kann als der deutsche. Bier und Schnaps sind sehr teuer, weil sehr hohe Steuern darauf lasten. Die Steuern aus dem Alkohol werden nur zu sozialen Zwecken verwendet. Die Altersversicherung ist dort ebenfalls weiter durchgeführt; jedoch brauchen dafür keine Beiträge geleistet werden, sondern die Einnahmen aus der Alkoholsteuer werden dazu verwendet.

Auch in Dänemark gibt es eine Lohnsteuer wie hier, nur ist diese noch etwas höher, indem jeder im Jahre 800 Mk. frei hat und für die Frau und jedes Kind außerdem 80 Mk. und für den überschüssenden Teil müssen 12 Proz. bezahlt werden, so daß auf einen Wächterdienst von zirka 90 Mk., wie er in Kopenhagen üblich ist, zirka 30 Mk. pro Monat Lohnsteuer kommen. Die günstigen Verhältnisse, welche sich die skandinavische Arbeiterklasse errungen hat, sind dem Unternehmertum ein Dorn im Auge. Das Unternehmertum, obgleich nur kleine und Mittelbetriebe vorhanden sind, ist in einer Landesorganisation gut organisiert und versucht des öfteren, durch Aus-

sperrung eines großen Teiles der gesamten Arbeiterschaft, ihren Willen durchzudrücken; jedoch bei der guten Organisation und den gut fundierten Klassen war es bisher immer möglich gewesen, diesen Angriff der Unternehmer zurückzuweisen, so daß auch bei der jetzigen Aussperrung noch Zulagen gemacht werden mußten. Unsere Kollegen erhielten dabei 5 Proz. auf die bisherigen Löhne.

Der Verbandstag beschloß ferner, daß von nun an alle fünf Jahre, statt wie bisher alle drei Jahre, ein Verbandstag stattfinden soll.

Da der Vorliegende Jönsson als Reichstagsmitglied sehr viel Bekanntheit hat, so wurde beschlossen, noch einen stellvertretenden Vorsitzenden anzustellen.

Von den ausländischen Organisationen war nur unser Verband durch Kollegen Riebel und der österreichische Verband durch Kollegen Klarer aus Wien vertreten. Das jahrzehntelange innige Verhältnis zwischen den Organisationen der drei Länder kam bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung drastisch zum Ausdruck. Namentlich über die Verhältnisse in Deutschland erkundigten sie sich ins kleinste, wozu wohl beiträgt, daß viele dänische Kollegen schon in Deutschland, namentlich während der Kriegszeit, gearbeitet haben.

Die Kopenhagener Kollegen erwiesen uns eine Gastfreundschaft, wie sie in Deutschland nicht anzutreffen ist.

### Rußland!

Bereits vor längerer Zeit ist unter diesem Titel ein Buch erschienen; es ist der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über Rußland. Seit der russischen Revolution steht die Sowjetrepublik ununterbrochen im Mittelpunkt der öffentlichen Meinung, aber auch Kritik der ganzen Welt. Vieles Widerspruchsvolle ist über diesen proletarischen Staat geschrieben worden und es war nur zu begrüßen, daß im Vorjahre der Kongreß der Trade Unions in Hull beschloß, eine Delegation nach Rußland zu entsenden, welche an Ort und Stelle sich über die Verhältnisse einwandfrei unterrichten sollte. Der Bericht dieser Delegation ist jetzt auch in deutscher Sprache erschienen und wird ganz besonderes Interesse bei der deutschen Arbeiterschaft finden. Wer sind die Männer, die im Auftrage der riesigen englischen Arbeiterorganisationen vom 7. November bis 19. Dezember 1924 ganz Sowjetrußland ausrund und lang bereisten? Wir treffen hier den Titel, den Generalsekretär der englischen Gewerkschaften seit dem Jahre 1889.

Weiter: Herbert Smith, Vorsitzender der britischen Bergarbeiterorganisation, sowie Vorsitzender des internationalen Bergarbeiterkomitees.

Ein anderer, John Turner, hervorragend tätig in der sozialistischen Bewegung seit 1884 und Mitglied des Generalrats der englischen Gewerkschaften seit 1921.

John Bromley, ein Vorkämpfer der Eisenbahnerbewegung; 1920 wurde er als Mitglied der Executive der Labour Party gewählt.

Alan M. F. Findlay, seit 1893 Mitglied des Verbandes der Modellstecher, jetzt Vorsitzender der Schiffbauersöderation.

Fred Bramley, langjähriger Redakteur sozialistischer Zeitungen, Generalsekretär des Gewerkschaftsrates seit 1923. Und schließlich der Vorsitzende der Delegation

A. M. Purcell, Mitglied der Fischergewerkschaft seit 1891. Vom internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien zum Vorsitzenden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gewählt. Stellvertreter der Vorsitzenden des Generalrats der englischen Gewerkschaften. Wir sehen: lauter Männer, denen die englische Arbeiterbewegung ihr höchstes Vertrauen schenkt, anerkannte Führer der Massen und hervorragende Gewerkschafter. Als Berater und Sachverständige waren ihnen zur Seite gestellt: drei Männer, welche jahrelang unter dem zaristischen System, im englischen diplomatischen Dienst in Rußland tätig und vollkommen mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen vertraut waren. Auf 290 Großoktafseiten schildern sie die Zustände, die sie in Rußland gesehen haben. Es sind keine persönlichen Eindrücke, sondern jede Zeile ist nach der eigenen Angabe der Delegation allseitig kritisch durchdacht und durchsprüht und von der gesamten Delegation mit Unterschrift beglaubigt. Beglaubigt von Männern, die auf Seite 2 des Wortwortes von sich selber sagen: „Die Delegation war zusammengesetzt aus Männern, deren politische Traditionen sie genügt machten, sehr kritisch die kommunistische Philosophie und Praxis zu betrachten, von denen ein jeder sachverständige Kenntnisse mindestens eines Industriezweiges besaß und oft fremde Länder zum Zwecke der Berichterstattung über deren Zustände bereist hatte. In richtiger Voraussicht, daß so mancher Anhänger der antibolschewistischen Liga Nachrichten austreuen werde, als ob der Delegation lauter Potemtsinische Dörfer gezeigt würden, erklärt dieselbe auf Seite 3 der Einleitung: „Der Delegation wurde jede amtliche Unter-

stützung bei ihren Untersuchungen gewährt.“ Ohne diese verlässliche und bereitwillige Unterfertigung wäre es unmöglich gewesen, ein so breites Gebiet zu bearbeiten oder so tief unter die Oberfläche zu kommen, wie es in Wirklichkeit geschah, wofür in diesen Berichten hoffentlich der Beweis erbracht ist. Da aber, bei dem jetzigen Stand der öffentlichen Meinung, diese amtliche Unterstützung schon an und für sich verdächtig erscheint, so möchte die Delegation darauf hinweisen, daß ihre Schlussfolgerungen lediglich auf Angaben beruhen, die von ihren eigenen Sachverständigen gesammelt wurden und daß in jeder wichtigen Einzelheit der amtliche Standpunkt mit dem der Opposition verglichen wurde. Wir konnten ohne Schwierigkeiten die verschiedensten Meinungen hören. Jedes Mitglied der Delegation war berechtigt, alle Regierungsgebäude, Fabriken, Klubs, Kantinenhäuser, Polizeiwachen, Gefängnisse oder Privathäuser ohne Führung und unangewendet zu besichtigen. Die Fälle der im Bericht beschriebenen Orte zeigt im übrigen die ganze Unmöglichkeit, gewisse Vorbereitungen zu treffen von Seiten der Sowjetregierung. Wie lautet nun aber das Urteil der Delegation über die in Rußland vorgefundenen Zustände? Die Antwort darauf finden wir auf Seite 4 der Einleitung, hier kommt zum Ausdruck: „Gegenwärtig besteht das Sowjet-System aus einer Reihe von Kompromissen, von denen die meisten ständig Änderungen unterworfen sind. Eines der eigenartigsten Merkmale des Regimes ist seine Bereitwilligkeit, Fehler zuzugeben. Wenn eine kommunistische Theorie nicht die gewünschten Resultate ergibt, so wird sie ebenso rückwärts verworfen wie irgendeine zaristische Tradition. Wenn aber Ideen, Einrichtungen oder Individuen, die der alten Ordnung entstammen, sich als nützlich erweisen, so werden sie unbedenklich verwendet. Gleichzeitig sind die weitestgehenden Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß diese Kompromisse die Revolution in eine Reaktion umschlagen lassen. Die Hauptforderungen der Revolution sind: eine absolute Kontrolle über Kapital, Kredite, Außenhandel und Konzeptionen, gleichzeitig eine Kontrolle aller großen kapitalistischen Privatunternehmen durch Inspektoren, die aus der Arbeiterklasse stammen und unter Leitung von Sachverständigen arbeiten. Ebenso wird der allergrößte Wert auf die Erziehung der Jugend gelegt, die kommende Generation mit sozialistischem Geist und staatsbürgerlicher Verantwortung zu erfüllen. Dieses ist das Urteil der Delegation. Der allgemeine Bericht über Rußlands Verhältnisse zerfällt wiederum in drei Unterbeichte, welche folgende Themen behandeln: Die allgemeine Lage, die Arbeitsverhältnisse und Transportfallen und Georgien. Es würde wohl zu weit führen, alle diese Probleme, welche im einzelnen behandelt werden, hier eingehend zu schildern, aber ganz besonders dürfte uns interessieren als Gewerkschafter der Teil des Berichtes, welcher die Arbeitsverhältnisse darstellt. Denn bei der Einführung derselben heißt es: Jedem Bericht über die Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion muß vorausgeschickt werden, daß in Rußland die Arbeiter die herrschende Klasse sind. Darans ergibt sich, daß alle Arbeitsverhältnisse, wie sie bestehen, immer ein Produkt der Arbeiter selbst sind. Nicht wie es in allen anderen Ländern der Fall ist, wo wir es mit einer fortgesetzten Einschränkung der Rechte der Arbeiter zu tun haben, die ihnen von der Bourgeoisie aufgezwungen werden. Im allgemeinen betrachtet kommt die Delegation zu dem Schluß: daß die Arbeitsverhältnisse und die Lage der russischen Arbeiterschaft besser ist, als irgendwo anders in Europa. Mit diesem Bekenntnis wird widerlegt all das, was fälschlicherweise über Hungerkatastrophen und wirtschaftliche Verelendung der russischen Arbeiterschaft geschrieben worden ist. Auch der allgemeine deutsche Gewerkschaftskongreß, welcher im August in Breslau zusammentritt, wird an diesen Fragen nicht vorbeigehen können. Die Entsendung einer Delegation nach Sowjetrußland wird auch dort auf der Tagesordnung stehen und es wäre nur zu begrüßen, wenn der Kongreß sich auf einen Standpunkt stellen würde, seinerseits mit dazu beizutragen, Klarheit zu schaffen über die Verhältnisse in Rußland. Otto Frölich.

### Sowjetrußland!

Bereits in Nr. 15 dieser Zeitung ist über die Ergebnisse der Beobachtungen berichtet worden, welche Craillsford als Berichterhalter der englischen Arbeitervertreter, die Rußland im Herbst 1924 besuchten, veröffentlicht hatte. Daß die russischen Verhältnisse sehr verschieden beurteilt werden können und ein klares Bild kaum gewonnen werden kann, auch wenn noch mehr Delegationen nach dort geschickt werden, scheint ziemlich festzustehen. Man zeigt diesen Delegationen eben nur die Lichtseiten der Zustände, über die Mängel schweigt man distinkt. Das ist menschlich ja durchaus begreiflich.

Wie wir einem Artikel der Nr. 317 des „Vorwärts“ vom 8. Juli entnehmen, der sich mit den russischen Zuständen in Handels-, Zoll- und Wirtschafts-

fragen beschäftigt, hat die Sowjetregierung die Einfuhr von Waren aus dem Ausland so gut wie unterbunden. Die russische Wirtschaft sei in jeder Hinsicht so geschwächt, daß sie des Schutzzolls wohl bedürfe. Die Einfuhr werde jedoch so wirksam gesteuert, daß sie die breiten Massen der Verbraucher arg belastet. So verbietet man die Einfuhr von Maschinen, die dringend gebraucht werden und doch nicht in Rußland selbst erzeugt werden können. Dann sollen in den Betrieben der Sowjetregierung Waren hergestellt werden, die um das Achtfache teurer sind als die Weltmarktpreise.

Geradezu schädigend soll diese Handelspolitik auf die Interessen der Landwirtschaft einwirken. Nach den amtlichen Angaben besitzen 30 Proz. aller russischen Bauernwirtschaften keinen Pflug und nur 15 Proz. besitzen Erntemaschinen. In der „Pravda“ Nr. 65 soll offen zugegeben worden sein, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen so stark ist, daß sie nicht befriedigt werden konnte. Die russische Regierung behält sich trotzdem die Einfuhrgenehmigung vor und erteilt sie nur in beschränktem Umfang, trotzdem sie durch ihre Presse und Agitatoren dauernd die Notwendigkeit eines deutsch-russischen Wirtschaftsbündnisses anpreisen läßt.

Wir müssen selbstverständlich die Verantwortung für diese Mitteilungen dem Berichterstatter A. Jagom überlassen, ebensowenig wie wir alle anderen Berichte, die bisher über Sowjetrußland erschienen sind, auf ihre Richtigkeit verantworten können.

Wenn man noch so viele Delegationen nach Rußland schickt und ihnen nicht vollständige Freiheit für ihre Forschung und Beobachtung gewährt, liegt die Möglichkeit immer vor, daß man ihnen eben nur zeigte, was sie gerade sehen sollten, wie es ja auch anderswo vielfach gemacht worden ist.

### Gesundheit und Arbeit.

Ausstellung für Gewerbehygiene und Unfallverhütung Essen 1925, 13. bis 30. September.

Nachdem es die Verhältnisse der Stadt Essen gestattet haben, im Jahre 1925 wieder ihre Ausstellungstätigkeit aufzunehmen, hat sie geglaubt, die letzte ihrer drei großen Ausstellungen in diesem Jahre in den Diensten der sozialen Hygiene stellen zu sollen, ein Plan, der ihr schon seit Jahren vorzuschwebte.

Dieser Plan der Stadt Essen hat die Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene — Frankfurt a. M., Victoria-Allee 9 — gefunden, jener deutschen Fachorganisation, in der sich die obersten Reichs- und Landesbehörden, die Unternehmerverbände, die Gewerkschaften, die Träger der öffentlichen Versicherungen (Berufsgenossenschaften und Krankenkassen) und ihre fachtechnischen Organe, führende technische und industrielle Verbände und die deutsche Wissenschaft zur Förderung der gewerbehygienischen Forschung in weitem Sinne und zur Verbreitung der Erkenntnisse dieser Forschung in der Öffentlichkeit vereinigt haben.

Es erscheint dabei zweckmäßig, aus dem großen Gebiet der sozialen Hygiene das herauszugreifen, für das in Essen als Mittelpunkt des rheinisch-westfälischen Industriebezirks für die großen Industriegruppen und die zahlreiche arbeitende Bevölkerung dieses Bezirks besonderes Interesse vorausgesetzt werden darf, nämlich das der gewerblichen Hygiene und Unfallverhütung, weiterhin auch der Betriebswohlfahrt und der Arbeitswirtschaft.

Es haben sich daher die Stadt Essen und die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene im Einklang mit den zuständigen fachtechnischen Kreisen, den Behörden, der Industrie und den beruflichen Organisationen zur gemeinsamen Durchführung der ersten deutschen gewerbehygienischen Fachausstellung zusammengeschlossen, die durch ausgezeichnete Sachkenner aus Industrie und Wissenschaft zusammengestellt wird und den Namen „Gesundheit und Arbeit“ tragen wird.

Die Ausstellung „Gesundheit und Arbeit“ wird in den Ausstellungshallen der Stadt Essen, die reichlich Platz bieten und eine ausgezeichnete Uebersicht gewährleisten, die außerdem noch durch einen modernsten Anforderungen entsprechenden neuen Hallenbau erweitert werden und damit im ganzen etwa 8000 bis 10 000 Quadratmeter Ausfläche geben, ihren Besuchern das Gebiet der gewerblichen Hygiene und Unfallverhütung vorführen.

Gelegentlich der Ausstellung wird selbstverständlich eine Reihe von Tagungen die Bedeutung der Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung besonders betonen. Zugleich mit der Ausstellung wird die vom 13. bis 15. September stattfindende Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene eröffnet werden. Ein von der Gesellschaft vorgesehener gewerbehygienischer Kursus wird auf die Ausstellung noch einmal besonders hinweisen.

### Der Lederwarentarif für den befestigten Teil des Freistaates Hessen

ist für verbindlich erklärt worden und veröffentlichten wir nachfolgende Entscheidung:

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) Lsg.-Nr. 3636/143.

Berlin NW. 40, Schornhorststr. 35, den 7. Juli 1925. Entscheidung.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 8./17. Juli 1924 für gewerbliche Arbeiter in der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie in den Provinzen Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein usw. (Reichsarbetsblatt 1925, Nr. 9/10) wird mit Wirkung vom 1. Juni 1925 auf den befestigten Teil des Freistaates Hessen ausgedehnt.

Im Auftrage: gez. Dr. Zeise.  
Eingetragen am 11. Juli 1925 auf Blatt 7639 lfd. Nr. 3 des Tarifregisters.  
Der Registerführer: Sprengel.

### Die Arbeitslosigkeit im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller Ende Juni 1925.

Von den 196 Verwaltungsstellen haben 150 berichtet. Diese hatten zusammen 31 884 Mitglieder, darunter 6258 weibliche und 25 626 männliche. Nicht berichtet haben 46 Verwaltungsstellen mit zusammen 2020 Mitgliedern, davon 1585 männlichen und 435 weiblichen.

Am letzten Arbeitstag im Juni waren 1413 männliche und 360 weibliche Mitglieder arbeitslos, zusammen 1773 = 5,6 Proz., mithin gegen den Vormonat mit 4,9 Proz. eine geringe Verschlechterung, die sich ja um diese Jahreszeit immer bemerkbar macht.

Die Kurzarbeit hat sich ebenfalls weiter ausgedehnt:

	Zahl der Arbeiter		
	männl.	weibl.	zusammen
1—8 Stunden . . . . .	520	214	734
9—16 „ . . . . .	363	200	563
17—24 „ . . . . .	1386	549	1935
25 und mehr Stunden . . . . .	12	19	31
Insgesamt:	2261	982	3243

Das sind 10,2 Proz. Kurzarbeiter gegen 7,6 Proz. im Mai und 7 Proz. im April und 6,8 Proz. im März, also eine wesentliche Verschlechterung. Da es in verschiedenen Branchen an Facharbeitern fehlt, greifen die Unternehmer lieber zu dem Mittel, verläßt arbeiten zu lassen, damit sie bewährte Arbeitskräfte nicht gänzlich verlieren, die dann nur sehr schwer oder überhaupt nicht mehr ersetzt werden können.

Am Schluß des Monats Juni betrug die Mitgliederzahl nach den Angaben der Orte 33 904, Ende Mai betrug die Mitgliederzahl 33 967; danach hätten wir 63 Mitglieder verloren. Da aber im Monat Mai 78 Verwaltungsstellen keine Berichtskarte eingekandt hatten, im Juni aber nur 46 nicht berichtet haben, so werden immer in den Angaben Unrichtigkeiten unterlaufen, weil ja in den Angaben der Mitgliederzahlen die früheren Ziffern eingestellt sind.

Für den Monat Juni hat sich die Berichterstattung wesentlich gebessert, doch haben 46 Orte es trotz aller Bitten und Hinweise auf die Wichtigkeit einer lückenlosen Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit noch nicht vermocht, die Berichtskarte auszufüllen und einzusenden. Wädhren diese sich doch endlich auch dazu entschließen und aufraffen, damit das Bild über die Arbeitslosigkeit und den Mitgliederbestand recht vollständig wird.

### Korrespondenzen.

Offenbach a. M. (Eing. 15. 7.) Am 2. Juli tagte hier eine Versammlung, die ein Referat des Kollegen Galm über: „Rassennot und die Aufgaben der Gewerkschaften“ hörte. Als Kandidaten zum Gewerkschaftskongreß wurden die Kollegen Galm und Fiedler aufgestellt.

Dann nahm die Versammlung abermals Stellung zur Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftskartell am Orte. Es wurde beschlossen, die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen und hierzu eine längere Entscheidung angenommen. Gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, den Kollegen Becker mit nach Rußland zu senden zum Studium der Verhältnisse. Die Kosten sollen durch Sammlungen aufgebracht werden. Zum Gewerkschaftskongreß wurden gegen einige Stimmen verschiedene Anträge angenommen. Ein Antrag fordert Amnestie für die politischen Gefangenen, die sich seit 1919 in Untersuchungshaft befinden oder

bereits abgeurteilt wurden. Ein anderer Antrag will, der Gewerkschaftskongreß soll beschließen, daß der KONGR. dem englisch-russischen Einheitskomitee beiträgt. Weiter soll der Gewerkschaftskongreß beschließen, eine Delegation nach Rußland zu senden; die Kosten sollen die Gewerkschaften solidarisch übernehmen. In allen Wirtschaftsgebieten sollen Kommissionen gebildet werden, welche organisatorische Maßnahmen zu treffen haben, damit künftige Lohnkämpfe bezirklich-zentral geführt werden können, um die Angriffe der Großindustrie auf die Löhne der Arbeiterschaft abzuwehren. Auf die Tagesordnung des Kongresses soll nach gesetzt werden: Die Wiedereroberung des Achtstundentages, des weiteren: Der Dawes-Plan, seine Wirkung für die deutsche Arbeiterklasse und wie sind die Lasten abzuwehren.

### Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen er sucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Die Sattler der Orthopädischen Werke in Königsberg, Allenstein, Elbing und Insterburg stehen im Streik.

In Brandenburg sind infolge der Aus sperrung bei Reichstein 180 Kollegen und in Wis mar ist ebenfalls eine Anzahl Kollegen durch den Konflikt in der Metallindustrie betroffen.

Zugang von den Streikorten fern hatten.

### Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 20. bis 26. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Ohne Saal keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik. Pünktliche Beitragszahlung stärkt unsere Kampffähigkeit!

Denk daran!

Achtung! Die weißen Monatsberichtslisten über den Stand der Arbeitslosigkeit sind sofort einzusenden, um die Rechnung per Postkarte zu sparen. Auch die Orte, die keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen haben, müssen berichten. Stichtag ist Sonnabend, der 25. Juli.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lübeck werden die Mitglieder Karl Sattelberg, Buch-Nr. 13424, und Hans Wolf, Buch-Nr. 16734, hiermit wegen Streikbruch aus dem Verband ausgeschlossen.

Der Vorstand.

### Adressenveränderungen.

Crimmitschau. Kass.: Albert Körner, Frankenhäuser, Boniker Str. 15g 1.

Danzig. Kass.: Gustav Siemann, Gr. Molde 11, Neubau.

Neuruppin. Vorf.: Paul Pasche, Knefbeckstr. 7, Mainz. Kass.: Karl Kraus, Kurfürstenstr. 43, Helmstedt. Vorf.: Otto Köhste, Stoben 13.

Reutlingen. Vorf.: Karl Göllin, Reutlingen, Albtstr. 47. Kass.: Johannes Walz, Pfullingen, Gönninger Str. 62.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder Verwaltungsstelle Berlin.

Freitag, 31. Juli, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, Restaurant Esser, Köpenicker Straße 70a.

Tagesordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht, 2. Neuwahl der Ortsverwaltung, 3. Verschiedenes, Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung. J. A. Franzen.

### Sterbetafel.

Ithoe. Am 4. Juli starb im Alter von 19 Jahren unser lieber Kollege Walter Steffens infolge Angiüskfalls beim Gaurturnen.

Görlitz. Am 22. Juni starb unsere Kollegin Gertrud Jäckel im Alter von 18 Jahren.

Wismar. Am 9. Juli starb unser lieber Kollege, der Tapezierer Paul Brinmann im Alter von 31 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.